

NIEDERSCHRIFT

über die **48.** Sitzung **des Kreisausschusses** (XVI. Wahlperiode)

öffentlicher Teil

Tag der Sitzung: **20.03.2019**
Ort der Sitzung: NE, Zentrum, Kreishaus Neuss
Besprechungsraum 2 (2. Etage)
Oberstraße 91, 41460 Neuss
(Tel. 02131/928-2100)
Beginn der Sitzung: 15:05 Uhr
Ende der Sitzung: 17:40 Uhr
Den Vorsitz führte: Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

Sitzungsteilnehmer:

• Vorsitzender

1. Herr Landrat Hans-Jürgen Petrauschke

• CDU-Fraktion

2. Herr Dr. Gert Ammermann
3. Herr Dr. Hans-Ulrich Klose
4. Herr Bertram Graf von Nesselrode
5. Herr Wolfgang Wappenschmidt
6. Herr Dr. Dieter Welsink
7. Herr Johann-Andreas Werhahn
8. Frau Birte Wienands

• SPD-Fraktion

9. Herr Udo Bartsch
10. Herr Horst Fischer
11. Herr Dieter Jüngerkes
12. Herr Rainer Thiel

• Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

13. Herr Erhard Demmer

14. Frau Susanne Stephan-Gellrich

• **FDP-Fraktion**

15. Herr Dirk Rosellen

• **Die Linke**

16. Herr Oliver Schulz

• **Fraktion UWG Rhein-Kreis Neuss/Aktive Bürgergemeinschaft - Die Aktive**

17. Herr Carsten Thiel

• **Verwaltung**

- 18. Herr Robert Abts
- 19. Herr Kreisdirektor Dirk Brügge
- 20. Frau Janine Conrads
- 21. Herr Dezernent Ingolf Graul
- 22. Herr Benjamin Josephs
- 23. Herr Dezernent Tillmann Lonnes
- 24. Herr Dezernent Karsten Mankowsky
- 25. Herr Marcus Temburg
- 26. Herr Dezernent Harald Vieten

• **Schriftführerin**

27. Frau Annika Geppert

INHALTSVERZEICHNIS

Punkt	Inhalt	Seite
1.	Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit.....	4
2.	Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse.....	4
2.1.	Schulausschuss am 07.02.2019.....	4
2.2.	Sozial- und Gesundheitsausschuss am 14.02.2019.....	4
2.3.	Kulturausschuss am 18.02.2019.....	5
2.4.	Planungs- und Umweltausschuss am 21.02.2019.....	5
2.5.	Finanzausschuss am 06.03.2019.....	5
3.	Kenntnisnahme von Niederschriften.....	5
3.1.	Ausschuss für Rettungswesen, Feuer- und Katastrophenschutz am 06.02.2019.....	5
4.	Strukturwandel, Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft Stand: Februar 2019 Vorlage: 61/3181/XVI/2019.....	6
5.	Regionalarbeit Stand: Februar 2019 Vorlage: 61/3182/XVI/2019.....	6
6.	Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung (Stand März 2019) Vorlage: ZS5/3191/XVI/2019.....	7
7.	Digitalisierungsstrategie Wirtschaft im Rhein-Kreis Neuss : Aufbau Startup- und Innovationscluster - Integrationskonzept für die regionale Wirtschaft Vorlage: ZS5/3193/XVI/2019.....	8
8.	SGB II - Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften und der Kosten der Unterkunft Vorlage: 50/3202/XVI/2019.....	10
9.	Bericht zur Flüchtlingssituation 1.Quartal 2019 Vorlage: 010/3192/XVI/2019.....	10
10.	Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen im Rahmen der offenen Ganztagschule an Förderschulen des Rhein-Kreises Neuss Vorlage: 40/3186/XVI/2019.....	11
11.	Anträge.....	11
11.1.	Antrag der Kreistagsfraktion UWG/Die Aktive vom 28.02.2019 zum Thema "Gründung einer Wohnungsbaugesellschaft" Vorlage: 010/3194/XVI/2019.....	11
11.1.1.	Abstimmung über den Zeitrahmen zur Erstellung eines Konzeptes.....	13
11.1.2.	Abstimmung über den Zeitrahmen zur Ergreifung von Maßnahmen.....	13

11.2. Antrag der Kreistagsfraktion UWG/Die Aktive vom 28.02.2019 zum Thema "Einsatzverbot von glyphosathaltigen Herbiziden auf Grundstücken des Rhein-Kreis Neuss" Vorlage: 010/3195/XVI/2019	14
12. Vorbesprechung der Tagesordnung der Sitzung des Kreistages am 27.03.2019 - öffentlicher Teil -	15
13. Mitteilungen	15
14. Anfragen	15

1. Feststellung der ordnungsgemäß erfolgten Einladung und der Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass zur Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und der Kreisausschuss beschlussfähig ist.

Den Abgeordneten lagen folgende Tischvorlagen vor:

Zu TOP 8 „SGB II- Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften und der Kosten der Unterkunft“	- Vorlage der Verwaltung <input checked="" type="checkbox"/>
--	---

Die mit versehenen Tischvorlagen sind dieser Niederschrift als Anlage beigefügt.

2. Bestätigung von Beschlüssen der Ausschüsse

2.1. Schulausschuss am 07.02.2019

KA/20190320/Ö2.1

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Schulausschusses vom 07.02.2019 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

2.2. Sozial- und Gesundheitsausschuss am 14.02.2019

KA/20190320/Ö2.2

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Sozial- und Gesundheitsausschusses vom 14.02.2019 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

2.3. Kulturausschuss am 18.02.2019

KA/20190320/Ö2.3

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Kulturausschusses vom 18.02.2019 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

2.4. Planungs- und Umweltausschuss am 21.02.2019

KA/20190320/Ö2.4

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Planungs- und Umweltausschusses vom 21.02.2019 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

2.5. Finanzausschuss am 06.03.2019

KA/20190320/Ö2.5

Beschluss:

Der Kreisausschuss bestätigt die Beschlüsse des Finanzausschusses vom 06.03.2019 und erhebt sie zu seinen Beschlüssen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

3. Kenntnisnahme von Niederschriften

3.1. Ausschuss für Rettungswesen, Feuer- und Katastrophenschutz am 06.02.2019

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt die Niederschrift des Ausschusses für Rettungswesen, Feuer- und Katastrophenschutz am 06.02.2019 zur Kenntnis.

4. Strukturwandel, Braunkohlenplanung und Energiewirtschaft

Stand: Februar 2019

Vorlage: 61/3181/XVI/2019

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer erklärte, dass es einer Klärung der Aufgaben von Regionalräten Köln und Düsseldorf und dem Braunkohlenausschuss bedürfe. Der Regionalrat solle in erster Linie als gewähltes Organ neben den anderen Akteuren wie der Metropolregion Rheinland oder ZRR am Tisch sitzen. Der Braunkohlenausschuss sollte in erster Linie den Braunkohleausstieg begleiten und weniger den Bereich Strukturwandel behandeln.

Landrat Hans-Jürgen Petruschke stellte klar, dass der Braunkohlenausschuss nicht allein für die „Abwicklung“ zuständig sei, sondern ein Sonderplanungsausschuss für den Tagebau sei. Deswegen treffe der Ausschuss wichtige Vorentscheidungen, die in der Planungshoheit des Regionalrates getroffen würden. Zudem stelle der Braunkohlenausschuss Flächen für Gewerbe und Wohnen zur Verfügung. Das Sonderplanungsgebiet sei den Regionalräten an dieser Stelle für die Dauer der dortigen Geltung des Bergrechts entzogen.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel hob hervor, dass der Braunkohlenausschuss bereits die Raumordnungsplanung vornehme. Der Bereich des Tagebaus ist weder dem Regionalrat Köln noch dem Regionalrat Düsseldorf planerisch zugänglich. Der Braunkohlenausschuss nehme beispielsweise die Trassenplanung der A61 vor und berate im Ausschuss die Infrastruktur mit. Ohne den Braunkohlenausschuss wäre es schwer für die Regionalräte, neue Flächen und Infrastruktur umzusetzen.

Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer meinte, dass dann aber die Bezeichnung des Ausschusses in dem Sinne nicht zukunftsorientiert sei.

KA/20190320/Ö4

Beschluss:

Der Kreisausschuss berät die Vorlage der Verwaltung und nimmt diese zur Kenntnis.

5. Regionalarbeit

Stand: Februar 2019

Vorlage: 61/3182/XVI/2019

KA/20190320/Ö5

Beschluss:

Der Kreisausschuss berät die Vorlage der Verwaltung und nimmt diese zur Kenntnis.

6. Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung (Stand März 2019) Vorlage: ZS5/3191/XVI/2019

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel merkte an, dass die vorher langzeitarbeitslosen Mitarbeiter bei der Entlohnung nicht sofort den langjährigen Mitarbeitern gleichgestellt werden dürften. Das seien falsche Signale gegenüber den langjährigen Beschäftigten.

Kreistagsabgeordneter Wolfgang Wappenschmidt fragte, wie weit die Bestrebungen zum Aufbau der Jugendberufsagentur gehen, da unter Punkt 5 aufgeführt sei, dass sich an den Jugendberufsagenturen in Hamburg und Bielefeld orientiert werde.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke antwortete, dass bei Aufnahme einer Tätigkeit tarifrechtlich eine gleiche Bezahlung zu langjährigen Mitarbeitern in der Regel nicht erfolge, da ja die Zugehörigkeit zum Betrieb auch finanziell berücksichtigt werde. Allerdings werde der Tarifvertrag beachtet. Der Rückgang des Wirtschaftswachstums sei darauf zurückzuführen, dass die Firmen weniger Arbeitskräfte haben. Diese Zeit müsse genutzt werden, um die Jugendlichen in ein Arbeitsverhältnis hineinzusetzen.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel sagte, dass das Problem des Arbeitsmarktes eine mangelnde Tarifbindung besonders im Bereich des Handwerks sei. Weiterhin fragte er, inwiefern die Wirtschaftsförderungsgesellschaft aktiv ist und welche Projekte akquiriert wurden und werden.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke antwortete, dass unter dem Tagesordnungspunkt im nächsten Kreisausschuss dargestellt werden könne welche Projekte von der Wirtschaftsförderungsgesellschaft derzeit begleitet wurden.

Kreisdirektor Dirk Brügge berichtete, dass der Kreis mit Vertretern der Arbeitsagentur und des Jobcenters die Jugendberufsagenturen in Hamburg und Bielefeld besucht habe. Diese Einrichtungen seien weiter entwickelt als im Rhein-Kreis Neuss, da unterschiedliche Betrachtungen und Herangehensweisen zugrunde gelegt würden. Dort werde nach der nötigen Unterstützung des Betroffenen und nicht nach Zuständigkeiten gearbeitet. In Zukunft werde die weitere Vorgehensweise im Kreis diskutiert werden müssen. Angedacht sei eine Fachveranstaltung unter Beteiligung der maßgeblichen Akteure, wie den Kammern und Schulen. Im Rahmen dieser Veranstaltung sollten erste Schritte zur Vertiefung und Ausweitung der Jugendberufsagentur gestaltet werden.

Kreistagsabgeordneter Dr. Dieter Welsink hob hervor, dass der Kreis mit einer Arbeitslosenquote von 5,1% sehr gut darstehe. Dies sei ebenfalls eine Kennzahl für den Strukturwandel und ein Ziel weiterhin Arbeitsplätze für Fachkräfte zu erhalten.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel meinte, dass ein Anliegen der Jugendberufsagentur die Nachfrage an Fachkräften auch auf dem Ausbildungsmarkt sein müsse. Bisher

habe es stets weniger Arbeitsplätze als arbeitslose Jugendliche gegeben. Er fragte, inwieweit der Blick auf Personengruppen zur Nachqualifizierung bei einem fehlenden Abschluss bei dem Projekt gerichtet sei.

Kreisdirektor Dirk Brügge erklärte, dass die niedrige Jugendarbeitslosenquote unter anderem an dem sozialen Handlungskonzept des Kreistages und den zur Verfügung gestellten Mitteln liege. Ebenso leiste das Projekt „Kein Abschluss ohne Anschluss“ (KAOA) einen wichtigen Beitrag dazu.

Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer teilte mit, dass die Erfolgsquote der Jugendberufsagentur in Hamburg hoch sei. Dieses Modell sollte unbedingt auf den Rhein-Kreis Neuss kopiert werden.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke führte aus, dass die Chance für unter 25 Jährige, die in das SGB II fallen höher sei aus dem Bereich nicht mehr rauszukommen. Deswegen müsse bereits in der Schule angesetzt werden. Der Rhein-Kreis Neuss habe gegenüber dem Landesdurchschnitt eine höhere Schulabschlussquote. Zwei Drittel der Arbeitslosen hätten keine Berufsausbildung.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel betonte, dass eine Berufsausbildung erst dann ende, wenn sie in einen Beruf münde. Er fragte, ob das Ziel der Jugendberufsagentur sei, nur Jugendliche durch aktive Ansprache in Ausbildung zu bringen.

Kreisdirektor Dirk Brügge antwortete, dass die Jugendberufsagentur lediglich für die Personengruppe der unter 25 Jährigen zuständig sei. Für die Personengruppe der über 25 Jährigen gebe es andere Projekte, die jedoch einen ähnlichen Effekt haben sollen.

Kreistagsabgeordneter Johann-Andreas Werhahn forderte, dass als Ziel festgelegt werden solle, dass die Jugendlichen später ein eigenbestimmtes Leben führen können. Deswegen müsse bereits in der Schule angesetzt werden, damit niemand aus dem System falle.

KA/20190320/Ö6

Beschluss:

Der Kreisausschuss berät die Vorlage der Verwaltung und nimmt diese zur Kenntnis.

7. Digitalisierungsstrategie Wirtschaft im Rhein-Kreis Neuss : Aufbau Startup- und Innovationscluster - Integrationskonzept für die regionale Wirtschaft Vorlage: ZS5/3193/XVI/2019

Protokoll:

Der Geschäftsführer der Blanko GmbH, Markus Lezaun, trug zur beabsichtigten Etablierung eines Coworkingspaces in Neuss vor, welche in Kooperation des Kreises, der Stadt Neuss, Sparkasse Neuss und der Immobilieneigentümer des Pressehauses erfolgen solle.

Kreistagsabgeordneter Dr. Gert Ammermann fragte, ob im Pressehaus auch Büros geschaffen würden, in denen die Akteure ihrem Beruf nachgehen könnten und die Vorschläge umsetzen könnten.

Geschäftsführer Markus Lezaun antwortete, dass feste Mieter für das Gebäude vorgesehen seien. Ziel des Projektes sei es, in zwei Jahren etwa 100 Unternehmen für das Projekt zu gewinnen.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel erkundigte sich, welche Kosten das Projekt für den Rhein-Kreis Neuss mit sich bringe.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke erklärte, dass in der derzeitigen Phase geprüft werde, ob die Rahmenbedingungen für das Projekt zur Umsetzung gegeben seien. Geplant sei, dass sich das Projekt durch beteiligte Unternehmen selbst entwickelt und trägt.

Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer fragte, welche Zeitschiene geplant sei, bis die Umsetzungsstrategien in den Firmen umgesetzt würden.

Zudem erkundigte sich Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel, in welchem Maße das Pressehaus und dortige Büroräume erworben wurden und wie das Unternehmen von Düsseldorf auf den Rhein-Kreis Neuss komme.

Geschäftsführer Markus Lezaun führte aus, dass innerhalb von sechs Monaten die Projekte konkret werden sollten. Die Unternehmen würden einen Letter of Intent unterzeichnen, der eine Absichtserklärung zur Umsetzung beinhalte. Die Idee sei, dass Start-ups von einer Zusammenarbeit mit großen Unternehmen voneinander profitieren könnten.

Derzeit gebe es eine Warteliste für zu vermietende Flächen, so Geschäftsführer Markus Lezaun weiter, da ein großes Interesse seitens der Unternehmen bestehe. Bisher seien auf Anregung der Wirtschaftsförderung des Rhein-Kreises Neuss sogenannte „Fuck Up Nights“ in Neuss durchgeführt worden. Die Veranstaltung habe gezeigt, dass das Interesse der Unternehmen im Rhein-Kreis Neuss sogar noch größer ist als in Düsseldorf. Das Projekt komme zum Tragen, wenn genug Letter of Intents unterzeichnet würden. Erst danach würde über eine konkrete Anmietung an Fläche für Büroräume gesprochen. Das Projekt müsse sich privatwirtschaftlich selbst tragen.

KA/20190320/Ö7

Beschluss:

Der Kreisausschuss stimmt der Durchführung des Konzeptes „Aufbau Startup- und Innovationscluster - Integrationskonzept für die regionale Wirtschaft“ als Bestandteil der Ausführung und Umsetzung der Digitalisierungsstrategie „Wirtschaft im Rhein-Kreis Neuss“ zu.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

8. SGB II - Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften und der Kosten der Unterkunft

Vorlage: 50/3202/XVI/2019

KA/20190320/Ö8

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt die Entwicklungen der Kosten der Unterkunft und Bedarfsgemeinschaften zur Kenntnis.

9. Bericht zur Flüchtlingssituation 1.Quartal 2019

Vorlage: 010/3192/XVI/2019

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer fragte, wie politisch damit umgegangen werde, dass die Bundesregierung plane die Zuschüsse für Flüchtlinge pauschal zu erstatten und zu senken. Er erkundigte sich, wie sich der Vorschlag auf den aktuellen Kreishaushalt auswirken würde.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke stellte klar, dass dieser Vorschlag nicht den Doppelhaushalt betreffe, da dieser die Kosten der Städte und Gemeinden betreffe. Der Kreis sei als Gebietskörperschaft lediglich bei den Kosten der Unterkunft betroffen und dafür sei bislang keine Reduzierung erklärt worden.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel meinte, dass ein subjektiver Eindruck entstehen könnte, dass viele Flüchtlingseinrichtungen nicht mehr benötigt würden. Es sei von öffentlichem Interesse, was mit den nicht genutzten Einrichtungen passiere.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke erläuterte, dass dies in der Zuständigkeit der Kommunen liege. Er schlug vor, dies bei den Städten und Gemeinden abzufragen und im nächsten Quartalsbericht das Ergebnis bekannt zu geben.

KA/20190320/Ö9

Beschluss:

Der Kreisausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

10. Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen im Rahmen der offenen Ganztagschule an Förderschulen des Rhein-Kreises Neuss Vorlage: 40/3186/XVI/2019

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel erkundigte sich, ob der Beschluss eine bindende Wirkung auf die geplante Satzungsänderung der Stadt Dormagen im Sommer habe.

Kreisdezernent Tillmann Lonnes stellte klar, dass die Stadt Dormagen bereits eine Satzungsänderung vorgenommen habe, die mit dem Beschluss an den Bürger weitergegeben werden solle. Wenn die Stadt Dormagen im Sommer ihre Satzung erneut ändere, müsse dies erneut im Schulausschuss beraten werden.

KA/20190320/Ö10

Beschluss:

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, den vorliegenden Entwurf einer Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen im Rahmen der offenen Ganztagschule an den Förderschulen des Rhein-Kreises Neuss zu beschließen.

11. Anträge

11.1. Antrag der Kreistagsfraktion UWG/Die Aktive vom 28.02.2019 zum Thema "Gründung einer Wohnungsbaugesellschaft" Vorlage: 010/3194/XVI/2019

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel erläuterte den Antrag.

Kreistagsabgeordneter Dr. Dieter Welsink erklärte, dass die Lösung nicht zwingend in einer Wohnungsbaugesellschaft liegen müsse. In Dormagen könne man beispielhaft sehen, dass es kein Problem des Kapitals oder Investoreninteresse sei, sondern die entsprechenden Rahmenbedingungen, wie Fläche und Baumöglichkeiten nicht gegeben seien. Es bestehe derzeit ein Handlungsdruck preisgünstigere Grundstücke zu stellen. Dem Antrag sei insoweit in dem Punkt zuzustimmen, dass in den nächsten Monaten ein mit den Städten und Gemeinden abgestimmtes Konzept von der Verwaltung vorgelegt werden sollte. Erst danach sollte eine Entscheidung getroffen werden in welcher Form der Kreis aktiv werde.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel hob hervor, dass weiterhin kein Bedarf für eine Wohnungsbaugesellschaft bestehe. Er fragte, inwieweit seitens der Verwaltung Überlegungen bestünden einen Wohnungsbaukoordinator einzusetzen. Er sehe zudem eine dringende Debatte über die Definition von bezahlbarem Wohnraum. Die Herausforderung liege darin bei den Städten und Gemeinden das Bewusstsein zu schärfen auf dem begrenzten Flächen bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Das Agglomerationskonzept habe dargestellt, dass dichter Wohnungsbau auch attraktiv gestaltet werden könne.

Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer erklärte, dass seine Fraktion eine eigene Wohnungsbaugesellschaft ebenfalls ablehne. Der Kreis habe bereits den ersten Schritt in die richtige Richtung mit der Wohnungsbedarfsanalyse gemacht. Diese habe gezeigt,

dass die meisten Städte gut aufgestellt seien. Er halte lediglich für die Strukturwandelkommunen Grevenbroich und Jüchen eine erweiterte Koordination durch den Kreis für eine Möglichkeit. Insgesamt bestehe aufgrund fehlender Bauingenieure und Planungskapazitäten ein großer Handlungsbedarf. Die ausufernden Baukosten würden die Situation noch verschärfen. Der Kreis könne Kontakte herstellen und unterstützend tätig werden.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke führte aus, dass der Bau von bezahlbarem Wohnraum seit über zwei Jahren ein großes Thema sei. Die erste Reaktion von den Städten und Gemeinden zu den Überlegungen einer Wohnungsbaugesellschaft sei eine Erklärung gewesen, dass keine Einbringung vom Kreis benötigt werde. Jedoch sei bisher von den Städten und Gemeinden zu wenig im Bereich des geförderten Wohnungsbaus gehandelt worden. Die Städte und Gemeinden hätten den Handlungsbedarf nicht wahrgenommen. Für die Einwohner im Kreis müssten Möglichkeiten entwickelt werden, um bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Zudem hätten die Städte und Gemeinden ihre zur Verfügung stehenden räumlichen Möglichkeiten bezahlbaren Wohnraum zu schaffen noch nicht ausgeschöpft.

Kreistagsabgeordneter Dr. Dieter Welsink stellte klar, dass unbedingt preisgünstiger Wohnraum geschaffen werden müsse. Eine Möglichkeit sei, dass der Kreis Grundstücke ankaufe, auf diesen Wohnraum schaffe und diesen preisgünstig vermiete. Von dem Konzept der Verwaltung werde erwartet, dass aufgezeigt werde, wo die Hürden sind. Der Kreis gründe keine Gesellschaft zum Selbstzweck. Als Lösungsansätze seien auch Partnerschaften oder Projekte denkbar.

Kreistagsabgeordneter Dirk Rosellen wies darauf hin, dass die Konzeptentwicklung einstimmig beschlossen worden sei. Um in dem Thema vorwärts zu kommen, müssten dringend Ideen entwickelt werden. Bisher hätten die Städte und Gemeinden noch Luft nach oben in diesem Bereich. Die Vor- und Nachteile einer Wohnungsbaugesellschaft würden bei einem Konzept herausgestellt, weshalb die Vorlage des Konzeptes abgewartet werden sollte.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel sagte, dass in den letzten Jahren bereits deutlich mehr gebaut worden sei. Jedoch müssten auch mehr Mehrfamilienhäuser gebaut werden. Dies sei noch nicht bei den Städten und Gemeinden angekommen. Um den Wohnbedarf zu decken müsste eine Stadt in der Zahlengröße von Kaarst neugebaut werden. Es sei bisher nicht deutlich geworden, dass sich die Städte und Gemeinden auf Zuwanderung einstellen müssten. Bei der ersten Überarbeitung des Regionalplans werde unter anderem das Thema Siedlungsbereich diskutiert. Darunter werde auch die Geeignetheit von Flächen für bezahlbaren Wohnraum untersucht. Weiterhin müssten mit den Städten und Gemeinden gesprochen werden, ob sie überhaupt wachsen wollen und bei einer Verneinung besprechen, ob dem Siedlungsdruck standgehalten werden könne.

Kreistagsabgeordneter Udo Bartsch erklärte, dass das Thema Wohnungsbau auf die Tagesordnung zur Konferenz der Hauptverwaltungsbeamten genommen werden sollte. In den Städten und Gemeinden müssten Wohnbauflächen geschaffen werden, damit Investoren angeworben werden könnten. Dabei könne die Wirtschaftsförderung des Kreises die Städte und Gemeinden unterstützen.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke wies darauf hin, dass allein durch das Anwerben von Investoren noch kein preisgünstiger Wohnraum entstehe.

Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel erläuterte, dass die Grundidee der Wohnungsbau-gesellschaft sei, Grundstücke zu erwerben, zu bauen und diese günstig zu vermieten. Ein Vorteil sei, dass der Kreis als Vermieter die Mieter bestimmen könne. Durch jedes Jahr, in dem nicht gehandelt wird, erhöhe sich das notwendige Bauvolumen.

Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer stellte fest, dass die Fraktionen sich bei dem Ziel der Erhöhung der Bauquote an erschwinglichem Wohnraum einig seien. Der Kreis müsse den Kommunen an den Stellen helfen, wo Unterstützung möglich sei. Für das weitere Vorgehen müssten die einzelnen Punkte weiter abgearbeitet werden und kom-munenspezifisch gehandelt werden.

Kreistagsabgeordneter Johann-Andreas Werhahn schlug vor, dass die Flächen ent-grenzt werden müssten. Es würden Flächen sowohl für den Wohnungs- als auch für den Gewerbebau benötigt. Im Hinblick auf den Strukturwandel würden diese im gro-ßen Rahmen benötigt.

Kreistagsabgeordneter Udo Bartsch merkte an, dass städtebauliche Rahmenverträge gemacht werden müssten, um sicherzustellen, dass preisgünstiger Wohnraum ent-stehe. Dabei sei unter Umständen Geduld gefordert bis sich ein Investor der Sache an-nehme. Er forderte, dass nicht nur öffentlich geförderter Wohnraum entstehen solle, sondern immer ein gemischtes Segment bedient werden müsse.

KA/20190320/Ö11.1

11.1.1. Abstimmung über den Zeitrahmen zur Erstellung eines Konzeptes

Beschluss:

Die Verwaltung wird spätestens am 26.06.2019 ein Konzept zur Förderung des sozia-len und bezahlbaren Wohnraums im Rhein-Kreis Neuss vorstellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

11.1.2. Abstimmung über den Zeitrahmen zur Ergreifung von Maßnahmen

Beschluss:

Im Jahr 2019 sollen schon die ersten Maßnahmen ergriffen werden.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

bei 7 Enthaltungen (SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke)

11.2. Antrag der Kreistagsfraktion UWG/Die Aktive vom 28.02.2019 zum Thema "Einsatzverbot von glyphosathaltigen Herbiziden auf Grundstücken des Rhein-Kreis Neuss"

Vorlage: 010/3195/XVI/2019

Protokoll:

Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel erläuterte den Antrag.

Kreistagsabgeordneter Erhard Demmer führte aus, dass der Antrag inhaltlich gut sei, jedoch ein Jahr zu spät komme. Die Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen hätten zum Kreistag am 21.03.2018 einen Antrag zur Einschränkung der Nutzung von Glyphosat gestellt. Der Antrag sei damals in den Planungs- und Umweltausschuss verwiesen worden. Dort sei das Aktionsbündnis für Insektenschutz gegründet worden.

Kreistagsabgeordneter Wolfgang Wappenschmidt berichtete, dass die Verwaltung im Planungs- und Umweltausschuss damals mitgeteilt habe, dass auf den öffentlichen Flächen kein Pflanzenschutz verwendet werde. Dadurch würden lediglich noch wenige verpachtete Ackerflächen in Betracht kommen. Zudem hätten deutsche und europäische Behörden festgestellt, dass Glyphosat eindeutig nicht krebsschädlich sei. Glyphosat wirke weder bei Menschen noch bei Tieren toxisch und sei merklich klimaschonender. Er meinte, dass den Behörden und Landwirten zugetraut werden sollte das Mittel sorgsam und faktenbasiert einzusetzen. Er schlage vor, dass die Kreistagsfraktion UWG/Die Aktive den Antrag zurückziehen und sich stattdessen in das Bündnis für Insektenschutz aktiv einbringen solle.

Kreistagsabgeordneter Rainer Thiel merkte an, dass die Kreistagsfraktion UWG/Die Aktive einen Hang dazu habe Themen zu besetzen ohne sie auszufüllen. Er wünsche sich in Zukunft mehr sachliche Substanz in den Anträgen.

Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel erklärte, dass der Antrag zur Abstimmung gestellt werden solle. Die Menschen müssten sich nicht wundern, wenn alle Leute Krebs bekommen und im Gegenzug nichts gegen solche Mittel unternommen werde.

KA/20190320/Ö11.2

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Pflege von Grünflächen des Rhein-Kreises Neuss auf den Einsatz von glyphosathaltigen Herbiziden zu verzichten und dies durch vertragliche Regelungen bei Auftragsvergaben für Grünpflegearbeiten festzuschreiben.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, bei Vertragsverlängerungen, bei Vertragsänderungen und bei künftigen neuen Pachtverträgen ein Anwendungsverbot für glyphosathaltige Herbizide aufzunehmen.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, als weitere Maßnahme zur Förderung der Insektenvielfalt bei künftigen neuen Pachtverträgen mit Landwirten, die Pächter zu verpflichten, an hierfür geeigneten Rändern der Äcker zu Feldwegen oder Straßen dauerhafte Blühstreifen anzulegen.

4. Die Verwaltung wird bei Vertragsverlängerungen oder -änderungen beauftragt zu prüfen, inwieweit Anreize zur Anlegung von Blühstreifen geschaffen werden können.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

3 Ja-Stimmen (Bündnis 90/Die Grünen, UWG/Die Aktive)

5 Enthaltungen (SPD; Die Linke)

8 Nein-Stimmen (CDU, FDP)

12. Vorbereitende Tagesordnung der Sitzung des Kreistages am 27.03.2019 - öffentlicher Teil -

Protokoll:

Der Kreisausschuss sprach Empfehlungen zu den Tagesordnungspunkten 4, 5, 8 und 10 aus.

13. Mitteilungen

Protokoll:

Landrat Petrauschke wies darauf hin, dass der Bericht der Landesregierung zu Verspätungen und Zugausfällen im Schienenpersonennahverkehr dem Protokoll als Anlage beigefügt werde.

14. Anfragen

Protokoll:

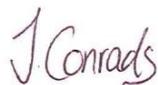
Kreistagsabgeordneter Carsten Thiel fragte, ob das Gerücht stimme, dass im Kraftwerk Neurath 2020 vier Blöcke geschlossen werden sollen und im Gegenzug ein anderes Kraftwerk in den Niederlanden reaktiviert werden solle.

Landrat Hans-Jürgen Petrauschke antwortete, dass dies nicht seinem Kenntnisstand entspreche.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss Vorsitzender Landrat Hans-Jürgen Petrauschke um 17:00 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.



Hans-Jürgen Petrauschke
Landrat



Janine Conrads
Schriftführung